



„Flexiblere Studienangebote“

STEFAN SOLLE LEITET DAS BRÜSSELER BÜRO DER METALL-ARBEITGEBER. ER WÜNSCHT SICH MEHR PRAXISNÄHE IN DER HOCHSCHULBILDUNG.

Welche Rolle spielt für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall die akademische Ausbildung?

Die Metall- und Elektro-Industrie ist eine Hightech-Industrie mit hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerade in den MINT-Berufen. Dabei stehen die akademische und die berufliche Bildung gleichermaßen im Fokus unserer Arbeit. Deswegen engagieren wir uns beispielsweise in Brüssel in der Debatte um die Schaffung eines europäischen Bildungsraums. Wir sind nicht für eine Kompetenzausweitung der EU im Bildungsbereich, aber wir wollen von anderen Ländern lernen, wollen Best-Practice-Beispiele austauschen und auch gemeinsame Ziele identifizieren und dann verfolgen.

Welche Ziele sind das?

Die Hochschulausbildung muss noch praxisnäher werden und eine größere Beschäftigungsfähigkeit gewährleisten – und das über die Landesgrenzen hinweg. Besonders wichtig sind uns flexiblere Studienangebote und erweiterte Zugangsmöglichkeiten zur akademischen Bildung. Auch in Deutschland gibt es da noch Nachholbedarf, nicht zuletzt in der Weiterbildung. In Zeiten einer stetig wachsenden MINT-Fachkräftelücke haben Arbeitgeber ein großes Interesse daran, ihre Spitzenkräfte im Unternehmen zu halten. Da

wünschen wir uns mehr Möglichkeiten für junge Leute, berufsbegleitend etwa ein Studium aufzunehmen. Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen muss in beide Richtungen gefördert werden.

Wie verfolgen Sie Ihre Ziele in Brüssel?

Wir engagieren uns über den Verband der europäischen Technologie- und Industriearbeitgeber Ceemet. Hier haben wir beispielsweise gerade einen Zehn-Punkte-Plan für die Europawahlen im Mai 2019 und die dann folgende Legislaturperiode des EU-Parlaments erarbeitet. Ein wichtiger Punkt darin befasst sich explizit mit dem Thema Kompetenzen und Bildung. Wir haben diesen Plan auch schon auf Kommissars-Ebene vorgestellt. Gerade bei der Kommission wird man eher gehört, wenn man gemeinsame Anliegen statt Einzelmeinungen vorträgt. Darüber hinaus haben wir ein besonderes Lob von der Kommission für unsere „M+E-Info-Trucks“ bekommen, die mittlerweile seit 30 Jahren im Einsatz sind. Auch das von uns geförderte Lehrernetzwerk „Science on Stage“, das unter anderem in Brüssel Veranstaltungen organisiert, stößt auf großes Interesse und ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, wie Zusammenarbeit und Austausch europaweit funktionieren.

INTERVIEW: DR. ANGELA LINDNER

PRO WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Die Präsidenten von zehn europäischen Rektorenkonferenzen haben sich bei einem Treffen in Wien für Hochschulautonomie und die Freiheit der Wissenschaft stark gemacht. Die Hochschulvertretungen von Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik unterzeichneten eine Erklärung mit dem Titel „Universitäten im Zeichen der Aufklärung“. In dem Dokument wird auch die Sorge gegenüber Bewegungen zum Ausdruck gebracht, die „den demokratischen Charakter unserer Institutionen und unserer Gesellschaft bedrohen“.

DOKTORANDEN-AUSBILDUNG

Der Ausschuss für Doktorandenausbildung der European University Association (EUA-CDE) hat Mitte Januar einen 40-seitigen Report zur Ausbildung von Doktoranden in Europa veröffentlicht. Die Autoren haben die Bedingungen für Promovierende an mehr als 300 europäischen Einrichtungen untersucht. In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Absolventen signifikant gestiegen, so der CDE. Das Papier liegt auf www.eua.eu zum Herunterladen bereit.

EU-FORSCHUNG

Insgesamt beeinträchtigen zwischen 6000 und 8000 seltene Erkrankungen den Alltag von etwa 30 Millionen Menschen in der Europäischen Union – viele von ihnen sind Kinder. Im Dezember hat die Europäische Kommission gemeinsam mit 35 Partnerländern eine Forschungspartnerschaft initiiert, die mit einem Budget von über 100 Millionen Euro neue Behandlungs- und Diagnoseinstrumente erforschen soll. Die neue Partnerschaft umfasst mehr als 130 beteiligte Institutionen. Sie wird vom französischen Nationalinstitut für Gesundheit und medizinische Forschung INSERM koordiniert.